

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 151 (1985)

Heft: 9

Artikel: Die Sowjetideologie als Waffe und Legitimation

Autor: Häusler, René

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-56482>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sowjetideologie als Waffe und Legitimation

Oblt René Häusler

«*Ideologien sind Scheuklappen, die das Gesichtsfeld stark verengen. Für Pferde mag das gut sein, für denkende Menschen finde ich das grässlich.*»

Arthur Miller

Der bissigen Charakterisierung Millers zum Trotz gelten Ideologien als wesentliche Determinanten menschlichen Handelns. Jedenfalls sind in ihrem Namen schon Weltreiche errichtet und vor allem auch vernichtet worden. Grund genug, sich mit ihnen zu befassen. Speziell dann, wenn es sich um die «*Scheuklappe*» der zweiten Supermacht dieser Erde handelt, deren Verhalten unmittelbar die politische Stabilität des internationalen Systems und damit den Weltfrieden berührt und beeinflusst.

Der folgende Beitrag geht daher in gebotener Kürze auf die Kernthesen dieser Ideologie, ihre Ziele, ihre Mittelvorgaben, ihre Toleranz gegenüber anderen Ideen und – ihre tatsächliche Wirkung ein.

Im Zentrum steht aber nicht nur die Analyse der ideologischen Formeln und ihrer Inhalte, sondern auch eine solche der Beziehung zum politischen System in der Sowjetunion, zur politischen Wirklichkeit des «*realen Sozialismus*» selbst.

Denn es ist von erheblicher Bedeutung, welche Funktion diese Ideologie in der sowjetischen Innen- und Außenpolitik tatsächlich ausübt – ob sie Determinante oder nur nachhinkendes Rechtfertigungsinstrument ist.

Geht es um «*Weltrevolution*», sowjetische Welthegeomonie oder nur um «*Verteidigung als Aggression*» (Voslensky)?

Wieweit ist dieses Gedankenkonstrukt, ungeachtet seiner schönen Formeln von «*Friedlicher Koexistenz*», «*Proletarischem Internationalismus*» u.a. nicht ein unüberwindbares Hindernis jedweder west-östlicher Vertrauensbildung und damit auch jedes wirksamen Abkommens über Abrü-

stung und Rüstungsbegrenzung überhaupt?

Wie ernst haben wir im Westen diese Ideologie somit zu nehmen, von der doch Kolakowski behauptet hat, sie sei «noch nie so tot gewesen» wie heute?

Wagen wir also im folgenden einen Blick hinter die «*geistigen Kulissen*» einer Macht, die Ronald Reagan prägnant als «*Reich des Bösen*» emotionalisiert hat.

Kernthesen, Struktur und Wurzeln der heutigen Sowjetideologie

Die heutige Sowjetideologie, seit 1938 offiziell als **Marxismus-Leninismus** bezeichnet, ist das Produkt eines bald 140jährigen Wandlungsprozesses. Ihre Wurzeln hat sie in der politischen Konzeption der vielbeschworenen Klassiker Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895), welche von der These ausgingen, dass mit der zunehmenden Entwicklung des Kapitalismus die Arbeiterklasse zahlenmäßig die stärkste Klasse eines Volkes würde. Sie sahen daher in ihr die entscheidende Kraft der sozialen Umwälzung. Mit einer demokratisch aufgebauten, unautoritären Partei, gedacht nicht als «*führende Elite*», sondern als Interessenvertretung der gesamten Arbeiterschaft, sollte dieses Ziel erreicht werden. Die zunehmenden Widersprüche im Kapitalismus, so meinten sie, würden zu einer sozialen Revolution führen, welche ihrerseits die «*Diktatur des Proletariats*», die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, nach sich zöge. In dieser Phase sollte die, wenn möglich durch Entschädigung gemilderte Überführung der entscheidenden Produktionsmittel in die Hände der Gesellschaft stattfinden. Mit und durch diese Transformation würde dann die «*klassenlose kommunistische Gesell-*

schaft» entstehen, charakterisiert durch gesellschaftliches – nicht Staatseigenum – an den Produktionsmitteln in der Form von «*Assoziationen der freien Produzenten*». Die Überwindung von Klassenherrschaft und Klassenunterschieden würde zu einer Abschaffung der Staatsgewalt sowie zur Aufhebung der knechtenden Arbeitsteilung führen. Unter diesen Voraussetzungen könnten sich alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Menschen ungehindert entwickeln. Soweit, in gebotener Kürze, ihre Theorie.

Eine entscheidende Anpassung dieses Gedankenguts an die völlig anders gearteten Bedingungen in Russland, verbunden mit einer Weiterentwicklung auf internationaler Basis und den theoretischen Verallgemeinerungen der russischen Revolutionserfahrungen von 1917, unternahm W.I. Uljanow, genannt Lenin. Im Zentrum des nach ihm benannten Leninismus stand eine neue Parteidoktrin – eine disziplinierte, auf eine einheitliche Ideologie eingerichtete revolutionäre Elitepartei, welche die Arbeiterklasse führen sollte. In der von ihm betonten Phase der «*Diktatur des Proletariats*» rangierten diktatorische Gewaltmassnahmen und die Rolle der Partei weit oben. Zudem unterschied er als erster zwischen Sozialismus und Kommunismus, wobei er das «*Absterben des Staates*» in eine ferne Zukunft verlegte.

Zum jämmerlichen Rechtfertigungsinstrument einer blutrünstigen totalitären Alleinherrschaft sank die Ideologie unter Josef Dschugaschwili, genannt Stalin, herab. Der durch seine Säuberungen und Terrorakte berüchtigte Diktator behauptete 1938 nämlich kühn: «*Der dialektische Materialismus ist die Weltanschauung der marxistisch-leninistischen Partei*», womit schlicht alles, was die Partei zum besten gab, eo ipso dialektischer Materialismus war. Die so entdeckte einfache Weise, «*ohne Marx marxistische Weisheiten zu produzieren*» (Voslensky) überlebte allerdings den Stalin-Kult und feiert auch heute noch fröhliche Urstände.

Unter Chruschtschow schliesslich galt es, die Ideologie den veränderten Bedingungen im In- und Ausland (Zeitalter der Wasserstoffbombe) anzupassen.

Die heute offiziell gültige Definition des sowjetischen Marxismus-Leninismus postuliert selektiven Marxismus («*das wichtigste*»), strammen Atheismus, historischen Determinismus und Wissenschaftlichkeit. Die Ideologie gliedert sich, streng systematisiert, in vier Teile:

Die Philosophie, den sogenannten

«dialektischen Materialismus» mit den unter anderem drei wichtigen Gesetzen der Dialektik: dem «Umschlag der Quantität in Qualität», dem «Gesetz von der Einheit und dem Kampf der Gegensätze» und dem «Gesetz der Negation der Negation». Während das erste Gesetz die Unausweichlichkeit einer Revolution zu belegen scheint und das zweite den Kampf der Gegensätze als entscheidende Triebkraft allen Seins beinhaltet, erklärt das letzte längere Entwicklungsprozesse;

Die Geschichtsbetrachtung, den sogenannten «historischen Materialismus», welcher die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus/Kommunismus als historisches Gesetz und damit als Unausweichlichkeit formuliert;

Die Politische Ökonomie, welche die Gesetze der Produktion und der Verteilung der materiellen Güter in den verschiedenen Entwicklungsstufen der menschlichen Gesellschaft ergründet. Sie versucht, in Ergänzung zum historischen Materialismus, den gesetzmässigen Untergang des Kapitalismus anhand ökonomischer Gesetze und Faktoren zu beweisen, wobei aber diese Gesellschaftsordnung trotzdem nicht ohne Klassenkampf und soziale Revolution von der Bildfläche verschwände. Von der Zwangsläufigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus ist ein gläubiger Kommunist sowjetischer Prägung jedoch so fest überzeugt, dass es für ihn auch dann, wenn etwa in einem bestimmten Land die Kommunisten Misserfolge und Rückschläge erleiden, keine Diskussion über diesen Übergang geben kann, sondern lediglich, wann und wie er erfolgen wird, auf welchem Weg und mit welchen Methoden.

Um ihm bei der Ergründung von letzterem mühsame Gedankenarbeit zu ersparen, gibt ihm der «Wissenschaftliche Kommunismus», begrifflich 1962 vom damaligen Chefideologen M. Suslow geprägt, gleich auch noch die Antwort. Man könnte den «Wissenschaftlichen Kommunismus» kurz als Aufzählung von Mitteln und Methoden zur weltweiten sozialen Umwälzung charakterisieren.

Drei «Hauptkräfte» spielen dabei eine entscheidende Rolle:

1) Die **Völker der sozialistischen Länder** (auch «sozialistisches Weltystem» genannt);

2) die **Arbeiterklasse** der entwickelten kapitalistischen Länder, die unter Führung der KP den Kampf gegen den Kapitalismus in ihren Ländern führen mit dem Ziel, das kapitalistische System durch die sozialistische Revolution zu stürzen;

3) die **nationalen Befreiungsbewe-**

gungen, die Völker, welche Kolonialismus und Neokolonialismus bekämpfen.

Pathetisch verklärt findet das ferne Endziel im Lehrbuch seinen Ausdruck:

«Der Kommunismus führt, nachdem er im Weltmassstab gesiegt hat, zum Zusammenschluss der Völker zu einer einheitlichen, brüderlichen, arbeitenden Familie, zur Beseitigung der Staatsgrenzen und schliesslich zum Verschwinden der nationalen Unterschiede. Der Kommunismus sichert den ewigen Frieden auf der Erde.» (Wissenschaftlicher Kommunismus)

Der letzte Satz, mit seinem qualifizierten Friedensbegriff, gibt uns gerade Gelegenheit, die Dialektik von Krieg und Frieden in der aussenpolitischen Theorie der Sowjetunion, welche die äussere Seite der marxistisch-leninistischen Ideologie darstellt, näher zu beleuchten. Im Zentrum des Interesses steht dabei die Frage nach der Doktrin über das Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern.

«Wer wen?» (Lenin) – Ideologie als Waffe

Die vom «Altmeister» in kürzeste Frageform gekleidete Analyse verrät in seltener Klarheit, wohin die Reise geht – in den Krieg nämlich. Denn für Lenin war ein Nebeneinander der beiden Systeme auf Dauer undenkbar. An seinem Axiom der «Unausweichlichkeit der Kriege» hielt auch Stalin bis fast zu seinem Tode 1953 fest. Dennoch formulierte der Georgier 1927 die Doktrin der «Koexistenz», welche damals eine Doppelfunktion zu erfüllen hatte. Zum einen war sie Konsequenz der internationalen Entwicklung, womit sie auch gerechtfertigt wurde, zum anderen leitete sie die Phase der aussenpolitischen Abschirmung zugunsten des inneren Aufbaus ein. Die widerspruchslose Verbindung der beiden Theorien gelang Stalin dadurch, dass er die «Friedliche Koexistenz» als eine mögliche Form der Beziehungen in der Phase des «hinausgezögerten Krieges» definierte.

Mit dem Zünden der ersten sowjetischen Atombombe 1949 hatte jedoch der technische Fortschritt das Gedankenkonstrukt eingeholt, und ein Umdenken in der Kriegslehre drängte sich auf. In des Diktators Spätschrift «Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR» vom 1. Februar 1952 kam denn auch zum Ausdruck, dass **Kriege zwischen den beiden gegensätzlichen Gesellschaftssystemen verhindert werden könnten**, während sie innerhalb der kapitalistischen Welt unvermeidbar seien. Um diese Zeit fand der Begriff

der «Friedlichen Koexistenz» auch seinen Eingang in die sowjetische Völkerrechtslehre.

Chruschtschow schliesslich sah sich in seiner Rede vom 6. Januar 1961 geneigt, drei Arten von Kriegen zu unterscheiden:

1. Weltkriege,
2. lokale Kriege und
3. Befreiungskriege und Volksaufstände.

Bei den ersten beiden Arten hielt er eine Vermeidung für möglich, während die letzte Art sogar als notwendig erachtet wurde. Seit 1968 wird wieder zwischen fünf Kriegstypen unterschieden, wobei die «Kriege zwischen gegensätzlichen Gesellschaftssystemen» an erster Stelle stehen. Die wichtigste Unterscheidung in der sowjetischen Kriegslehre ist aber weiterhin diejenige Lenins zwischen «gerechten» und «ungerechten» Kriegen. Sie wird vom Standpunkt des Klassencharakters des jeweiligen Krieges, tatsächlich aber aus der Sicht der sowjetischen Staatsräson, die mit den Interessen der herrschenden Hochbürokratie unmittelbar verknüpft ist, getroffen. Ein dritter Weltkrieg scheint jedenfalls nach Armeegeneral Jepischews Worten auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU 1966 nicht unmöglich.

Was steckt somit hinter der bis heute gültigen Leitlinie der «Friedlichen Koexistenz»?

Nach dem hierin immer noch massgebenden Parteiprogramm der KPdSU vom November 1961 bildet die «Friedliche Koexistenz»

«die Grundlage des friedlichen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus im internationalen Massstab und stellt eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen ihnen dar. In dem die sozialistischen Länder sich konsequent für die friedliche Koexistenz einsetzen, streben sie nach unablässiger Festigung der Position des sozialistischen Weltsystems in seinem Wettstreit mit dem Kapitalismus. Bei friedlicher Koexistenz hat die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern günstigere Kampfmöglichkeiten ...»

Der sowjetische Koexistenzbegriff gilt also einschränkend nur für Staaten anderer Gesellschaftsordnung und verkörpert somit in politisch-ideologischer und völkerrechtlicher Hinsicht kein Konzept, das alle Staaten in gleicher Weise einschliesst. Er drückt letzten Endes sehr klar nur einen Waffenstillstand, einen «Frieden auf Zeit», aus, im Gegensatz zum «ewigen Frieden». Das ideologische Bezugssystem unterscheidet offensichtlich zwei Friedens-

arten, wobei der «ewige Friede» seit Chruschtschow dann möglich ist, wenn sich der Sozialismus, als Vorstufe des Kommunismus, im grössten Teil der Welt durchsetzen sollte. Das sowjetische Lehrbuch des Völkerrechts verkündet denn auch die lichte Zukunft:

«Der Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt wird die sozialen und nationalen Gründe für die Entstehung von Kriegen endgültig beseitigen. Den Krieg zu beseitigen, einen ewigen Frieden auf Erden zu begründen, ist die historische Mission des Kommunismus.»

Die Konsequenz einer solchen Anschauung liegt nun allerdings darin, dass alle Massnahmen, auch gewalttätige, welche auf das utopische Endziel gerichtet sind, den Charakter eines «Kampfes für den ewigen Frieden» gewinnen. Dieser Kampf soll letztlich dazu dienen, eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus und damit der Sowjetmacht herbeizuführen. Für diesen Kampf in der Phase des »Friedens auf Zeit«, eben der «Friedlichen Koexistenz» gilt somit das Wort des früheren Generalstabschefs Schaposchnikow:

«Wenn der Krieg eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, dann ist der Frieden eine Fortsetzung des Krieges, nur mit anderen Mitteln.»

Die UdSSR will also den Status quo zugunsten des Weltsozialismus verändern.

Die «Friedliche Koexistenz» ist somit nichts anderes als eine taktische Verbeugung vor der nuklearen Realität; – die geeignete Waffe zur Erleichterung des internationalen Klassenkampfes im Zeichen drohender atomarer Vernichtung.

Der reale Gehalt der «Entspannung» lag und liegt nach Voslensky denn auch darin, «dass der Westen den Begriff wörtlich nehmen soll, in seinen Anstrengungen nachlässt, vertrauensselig wird und vergisst, dass die friedliche Koexistenz nicht der süsse Gleichklang der Stimmen zweier Freunde, sondern Kampf zweier Systeme ist.»

Und in diesem Kampf setzt die UdSSR auf Sieg, der, wie aus den Wörtern von Oberst I.A. Selesnew, einem sowjetischen Experten der psychologischen Kriegsführung zu entnehmen ist, aber gewissen Bedingungen unterliegt. Er setzt nämlich

«Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten des ideologischen Kampfes und die geschickte Beherrschung der Mittel, Instrumente und Methoden der Propaganda und Agitation voraus ... Eine Besonderheit der ideologischen Front besteht

darin, dass die ideologischen Kämpfe in allen Abschnitten niemals schwächer werden ... Auf dem Gebiete der Ideologie gibt es nicht und wird es niemals eine friedliche Koexistenz geben. Zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus kann es keinen ideologischen Waffenstillstand geben ...»

Breschnew stimmte dieser Auffassung 1971 nicht nur zu, er sprach sogar offen von einem «ideologischen Krieg». Dem wurde bis heute aus Moskau nicht widersprochen ... Eine nicht gerade vertrauenerweckende Konzeption internationaler Beziehungen!

Grundsätzlich anders lautet die Doktrin zum Verhältnis innerhalb des «sozialistischen Weltsystems». Dort gilt der Grundsatz des «Proletarischen Internationalismus», welcher theoretisch die Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb dieses Systems im ökonomischen, politischen, militärischen, diplomatischen und ideologischen Bereich bedeutet. Gemäß der Doktrin von der «Begrenzten Souveränität der sozialistischen Länder», von Breschnew 1968 beim Einmarsch der UdSSR in die Tschechoslowakei erstmals verkündet und daher auch Breschnew-Doktrin genannt, rangieren dabei die Interessen des sozialistischen Lagers unter sowjetischer Führung in allen entscheidenden Fragen vor den eigenen Interessen des betreffenden sozialistischen Landes. In Tat und Wahrheit verkörpert der «Proletarische Internationalismus» die Forderung nach einer straffen Führung sowohl des kommunistischen Staatsystems als auch der kommunistischen Weltbewegung von einem Zentrum aus; schlicht: Die ideologische Verbrämung der Hegemonie Moskaus. Die Breschnew-Doktrin wiederum verschärft den darin enthaltenen interventionistischen Gehalt.

Obwohl durch diese Thesen dem Gewaltverbot der UN-Satzung und damit dem Völkerrecht widersprochen wird, lässt sich die Sowjetunion in diesem Punkt nicht beirren.

Nach dem sowjetischen Völkerrechtler Kowaljow nämlich ist **jedes Recht und damit auch das Völkerrecht dem Klassenkampf untergeordnet. Hinter den «formaljuristischen Bedenken» dürfe der Klassenkampf nicht aufgegeben werden.**

«Weltrevolution» somit als ideologisches Deckmäntelchen für sowjetische Welthegemonie jenseits allen Völkerrechts?

Zur Erhellung dieses Problemkomplexes bedarf es einer kurzen Analyse der Beziehungen zwischen dem politi-

schen System des «realen Sozialismus» und der Sowjetideologie.

Ideologie als Legitimation

«Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klasse zu suchen.» (W.I. Lenin, Werke Bd. 19; S. 8)

Tragik oder Ironie des Schicksals? – Präziser jedenfalls hätte Lenin die politische Erfahrung zumindest jenes Volkes kaum analysieren können, dessen Repräsentanten nicht müde werden, sich in allem und jedem bis zum Überdruss auf ihn zu berufen. Gemeint ist die in der UdSSR aus KPdSU-Funktionären und Bürokraten bestehende «diktatorisch herrschende, privilegierte und parasitäre Ausbeuterklasse», um M. Voslensky zu zitieren, durch dessen Bestseller diese neue Klasse (Djilas) als **Nomenklatura** weltweit zum Begriff geworden ist.

Die Nomenklatura bildet das Herzstück des totalitären politischen Systems in jedem Land des «realen Sozialismus» und betreibt, wie Voslensky pointiert formuliert, zwar nicht die Diktatur **des** Proletariats, aber jene **über** das Proletariat. Ihre Macht, welche die Nomenklatura immer noch weiter und möglichst risikolos auszudehnen trachtet, stützt sich faktisch auf den KGB (Komitee für Staatssicherheit) und die Armee, also auf **Polizei-terror und militärische Stärke**. Ein «Abgrund» (Voslensky) trennt die Herrschenden von den Beherrschten. Zur Rolle der Ideologie schreibt Kolkowski:

«Der Marxismus ist Pflichtfach in allen Hochschulen, und es werden Bücher und Lehrbücher aus diesem Bereich veröffentlicht. Dabei ist diese Staatsideologie noch nie so tot gewesen wie heute, praktisch glaubt niemand an sie – weder die Herrschenden noch die Beherrschten, die sich beide über den eigenen Unglauben und den des «Partners» im klaren sind; gleichwohl ist diese Ideologie unentbehrlich, da sie die Hauptgrundlage der Legitimation des Systems darstellt, indem die Diktatur der Partei damit gerechtfertigt wird, dass die Partei die historischen Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes ausdrückt.»

Mit Leonhard (1976) kann man noch zwei weitere Funktionen der Ideologie erkennen:

- **Die Begründung und Rechtfertigung vorher gefasster Beschlüsse und Mass**

nahmen, wobei letztere oft aus praktischer Notwendigkeit gefasst werden. Die Ideologie aber dient ihrer Rechtfertigung und erklärt, dass man eine «wissenschaftliche Politik» betreibe;

– **Die Aufkroyierung von Denkschablonen und Denkkategorien**, wobei nicht nur wichtig ist, was man glauben soll, sondern vor allem, was man ablehnen muss.

Die Bürger haben sich an diese obligaten Sprachregelungen zu gewöhnen und zu halten. Zweiflern und Widerstreitigen winkt Bestrafung – Ausdruck der Verbindung von Nomenklatura-Propaganda und Terror. Als Beispiel für viele sei nur *Andrej Sacharow* erwähnt.

Der grösste Feind der Partei-Diktatur ist somit die **Wahrheit**; die Möglichkeit des Bürgers, sich über den tatsächlichen Sachverhalt frei und ungehindert informieren zu können, letztlich der Pluralismus an Meinungen und Ideen – die **Presse, Meinungs- und Redefreiheit**.

Die Problematik eines totalitären Herrschaftssystems liegt nun allerdings auch noch in der engen Verbindung von Innen- und Aussenpolitik, in der weitgehenden Identität von innen- und aussenpolitischer Machtentfaltung. Wie Meissner (1982) dargelegt hat, entspricht bei einer totalitären Grossmacht dem Bestreben, die ganze Gesellschaft zu durchdringen und ihre einzelnen Teile einer umfassenden Kontrolle und Planung durch die autokratische Partei- und Staatsführung zu unterwerfen, die **letztlich grenzenlos gedachte Ausweitung des Herrschaftsbereichs nach aussen**. Dabei werden nicht nur die inneren Kräfte in weitgehendem Masse auf die äussere Expansion abgelenkt, sondern auch die totalitäre Herrschaftsform und das totalitäre Gesellschaftsmodell beim Ausdehnungsprozess der Aussenwelt aufgezwungen. Bei der totalitären Diktatur der sowjetischen Nomenklatura kommt nun noch ein weiterer Expansionsgrund hinzu, nämlich das ineffiziente Wirtschaftssystem. Da jegliche substantielle (wie z. B. in der VR China) Reformen im System einem Abbau der geradezu phantastischen Privilegien und der Macht der Nomenklatura gleichkämen, was diese natürlich zu verhindern trachtet, die ineffiziente Wirtschaft diesen luxuriösen Lebensstil der etwa drei Millionen Nomenklaturisten aber nurmehr mühsamst zu tragen vermag, muss die herrschende Schicht sich weitere nationale Wirtschaften dienstbar machen, sie **muss expandieren**.

Und hier zeigt sich einmal mehr die

unheilige Allianz, ja die eigentliche Verschmelzung von Sowjetideologie und System:

Die Ideologie ist nicht nur Legitimation, und zwar die einzige des totalitären, wirtschaftlich ineffizienten Herrschaftssystems der Nomenklatura, sie verschmilzt überdies in ihrer weltrevolutionären Zielsetzung mit dem diesem Herrschaftssystem inhärenten Expansionszwang.

Darin liegt auch die eigentliche Gefährlichkeit der Ideologie. Also nicht in ihren Aussagen selbst, diese haben durch die sichtbare tiefe Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Theorie und Praxis längst an Anziehungskraft verloren. Kolakowski meinte dazu lakonisch:

«*Der Kommunismus ist kein intellektuelles Problem mehr, nur noch eine Frage von Herrschaft und Repression.*»

Die Gefahr liegt in dem, was diese Ideologie **stützt**, was sie verdeckt und bemächtigt – in ihrer unentwirrbaren Verknüpfung mit dem expansiven, totalitären Herrschaftssystem.

Seit Stalin bedingen sich System und Ideologie nämlich gegenseitig. Denn: **ohne Ideologie keine Sowjetunion mit legaler KP-Herrschaft, aber ohne KP-beherrschte Sowjetunion keine Aussicht auf die Weltrevolution und damit den Wahrheitsbeweis der Ideologie**. Daher: wer die Ideologie anzweifelt, untergräbt das System; wer das System zerstört, vernichtet die Ideologie! So einfach ist das – und so verhängnisvoll!

Die Frage, ob eine aussenpolitische Aktion der Sowjetunion (zum Beispiel Ungarn, CSSR, Kuba, Afghanistan usw.) nun machtpolitisch oder ideologisch motiviert war und ist, darf somit ganz klar als falsch gestellt bezeichnet werden.

Die Sowjetpolitik ist aus der dargelegten **inneren Systemlogik** heraus zwangsweise expansiv, und das heißt **immer aggressiv**; – aggressiv auf zwei Ebenen, der folglich auch auf beiden Ebenen begegnet werden muss: **Auf der Ebene der Ideologie und der Realpolitik**!

Diese systemimmanente und ideologisch abgesegnete Aggressivität, ob sichtbar oder unsichtbar, merklich oder unmerklich, an allen Fronten gleichzeitig oder partiell gestaffelt, in welcher Verkleidung und verbalen Verbrämung auch immer, schliesst nun eine Zusammenarbeit auch aus westlicher Sicht auf bestimmten Gebieten nicht unbedingt aus, wie ja die politische Praxis zur Genüge zeigt. Diese Zusammenarbeit darf aber auf westlicher Seite nicht zur Verwechslung von **Stil und Substanz** so-

wjetischer Politik führen. Ein Lächeln von Gorbatschew ist noch kein Zugeständnis, keine Systemänderung!

Um daher ein für allemal unangenehmen Überraschungen à la Afghanistan zu entgehen, sind die westlichen Staaten zu einer **langfristigen Konzeption** ihrer Sowjetpolitik aufgefordert, welche den erwähnten Fakten des Sowjetsystems Rechnung trägt. Darin sollten vor allem gewisse Fixpunkte, sprich: aussenpolitische Tatbestände, definiert sein, bei deren Eintreten die an sich «risikoscheue» (Voslensky) Nomenklatura (Motto: Gibt man, greif zu, schlägt man, hau ab!) adäquat daran zu erinnern wäre, wie es John F. Kennedy bei der Bewältigung der Kuba-Krise 1962 erfolgreich vorexerziert hat, dass, **wer den Wind sät, leicht den Sturm ernennen kann**.

Verwendete und weiterführende Literatur

Häusler, René: Der Wandel der sowjetischen Doktrin über das Verhältnis der UdSSR zu den kapitalistischen Ländern. Historisches Seminar der Universität Zürich, Zürich 1981.

Kurzfassung: «Sowjetische Politik zwischen Staatsraison und Ideologie. Wandlungen im Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern zwischen 1930 und 1950.» In: GE-SCHICHTE, Historisches Magazin Nr. 50, Januar/Februar 1983; S. 12 – 19.

Kolakowski, Leszek: Die Hauptströmungen des Marxismus, 3 Bände, 1979.

Leonhard, Wolfgang: Sowjetideologie heute; 1970.

Die Dreispaltung des Marxismus; Econ 1970.

Was ist Kommunismus? Wandlungen einer Ideologie; Bertelsmann 1976.

Meissner, Boris: Weltmarkt Sowjetunion – Die Doppelstrategie von Entspannung und Revolution; München 1982.

Die sowjetische Stellung zum Krieg und zur Intervention; 1978 Bern.

Voslensky, Michael: Nomenklatura – Die herrschende Klasse der Sowjetunion; Verlag Molden 1980.

Abschreckung

Wenn die Atomrakete an kriegerischen Auseinandersetzungen der Zukunft etwas zu verändern vermag, so die unverhüllte Bloßlegung der Konsequenzen und zwar nicht nur für den Angegriffenen sondern auch für den Angreifer. Niemand hat bei Ausbruch des Ersten oder Zweiten Weltkrieges zu ahnen vermocht, mit welchen Opfern und Zerstörungen der Friede erkauft werden musste. Die Schrecken eines nuklearen Weltkrieges treten jedoch zum vornherein unverhüllt zutage, und dies für beide Seiten; daher die unvergleichlich grosse Dissuasionswirkung der Atomwaffen.

Nach André Glucksmann,
«La force du vertige», Paris 1983.